



30. DELEGIERTENTAG DER GdP SCHLESWIG-HOLSTEIN

Große Verantwortung für die Delegierten

KIEL/WEISSENHÄUSERSTRAND/ tg – Am 6. und 7. November werden für die GdP in Schleswig-Holstein die inhaltlichen und personellen Weichen für die Zukunft gestellt. Hier tritt das alle vier Jahre stattfindende höchste Gremium zusammen. „wer wenn nicht WIR?!“ lautet das selbstbewusste Motto des 30. Delegiertentages, bei dem absehbar Veränderungen an der Spitze des Geschäftsführenden Landesvorstandes bevorstehen. Die rund 125 ständigen Teilnehmer dieser Zusammenkunft repräsentieren die gesamte GdP. In knapp 40 Anträgen werden die inhaltlichen Schwerpunkte der kommenden vier Jahre gestellt, wobei sich bereits nun zwei Schwerpunkte herauslesen lassen: Es geht um die Belastung der Landespolizei und nach den Erfahrungen in Schleswig-Holstein um die Schwerpunkte der künftigen Einkommenspolitik für die Landesbediensteten. Aber auch zu Fragen der Steuerpolitik, zu Bekleidung, Urlaubs- und Tarifpolitik werden die Delegierten beraten und abstimmen.

Definitiv wird Oliver Malchow nicht wieder für die Wahl zum Landesvorsitzenden antreten. Der seit Mai amtierende GdP-Bundesvorsitzende repräsentierte über 16 Jahre als Landes-Chef die schleswig-holsteinische GdP und hat der heute über 5200 Mitglieder starken Organisation maßgeblich zu Renommee und Ansehen verholfen. Eine Sternstunde hatte Oliver Malchow bei der Personalversammlung der Landespolizei 2006 in der Ostseehalle, als mehrere Tausend Polizeibeschäftigte, Organisierte wie Unorganisierte aus ganz Schleswig-Holstein, seine Rede als GdP-Landesvorsitzender mit stehenden Beifallsstürmen würdigten.

Für die jetzt anstehende Nachfolgerscheidung hat der GdP-Landesvorstand den bisherigen Stellvertretenden Landesvorsitzenden Manfred Börner aus Ratzeburg vorgeschlagen. Weiter werden auch Schriftführerin

Kristin Stielow und Kassierer Michael Koettlitz nach einer Amtsperiode aus persönlichen wie dienstlichen Gründen nicht wieder für eine Kandidatur zur Verfügung stehen. Auf die Teilnehmer aus Schutz-, Kriminal- und Wasserschutzpolizei, Justizvollzug, aus Tarif und Beamten, von Frauen, Senioren und Junger Gruppe kommt eine Menge Arbeit zu. Denn neben der Behandlung der vielfältigen Anträge werden sie auch über die künftige personelle Zusammensetzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und des Landeskontrollausschusses entscheiden sowie die Delegierten zum Bundeskongress 2014 auswählen.

Eine verantwortungsvolle Aufgabe, denn sowohl für die Landespolizei und den Justizvollzug als auch die GdP stehen nicht nur viele, sondern vor allem auch große und schwierige Herausforderungen bevor. Insbesondere der von der gegenwärtigen Landesregierung beabsichtigte Personalabbau wird sicherlich einen Kraftakt bedeuten. Nach wie vor wird sich die GdP mit aller Macht gegen diesen Irrweg von Albig und Co stemmen. Dies einerseits vor allem mit Blick auf die Verantwortung für die vielen Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei, die schon gegenwärtig über Gebühr beansprucht bzw. belastet werden, aber auch, weil die Gefahr besteht, dass mit dem politisch zu verantwortenden Personalabbau die Landespolizei ihr über Jahrzehnte so

mühsam erworbenes Ansehen als Bürgerpolizei einbüßt. Und die anforderungs- und belastungsgerechte Bezahlung der Beamten und Tarifbeschäftigten der Landespolizei und Justizvollzug wird die GdP gleichermaßen im Fokus behalten.

Die umfangreichen Vorbereitungen des Delegiertentages haben Karl-Hermann Rehr und sein Geschäftstellenteam mit Claudia Rost, Dorith Stubenrauch-Schulz und Nicole Jelinsky mächtig auf Trab gehalten. Auf der Tagesordnung in Weissenhäuser Strand stehen des Weiteren der Geschäftsbericht des Landesvorstandes, Kassenberichte, Ehrungen sowie Grußworte von Landtagspräsident Klaus Schlie und Innenminister Andreas Breitner. In der Dezember-Ausgabe wird das DP-Landesjournal umfassend über den Verlauf des Delegiertentages berichten.

Thomas Gründemann



Oliver Malchow



Manfred Börner

Fotos: Gründemann

wer wenn nicht WIR?! 

30. Delegiertentag der GdP Schleswig-Holstein
6. und 7. November 2013



ALTERSDISKRIMINIERUNG

Anhörung in Luxemburg

LUXEMBURG/HAMBURG – Am 19. September 2013 fand vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eine Anhörung in der strittigen Frage der altersdiskriminierenden Besoldung von verschiedenen Beamtinnen und Beamten in Deutschland, speziell auch Schleswig-Holstein, statt. GdP-Vertragsanwalt Jan Gülden-zoph reiste in das Großherzogtum, um die Anhörung der neun unterschiedlichen Verfahren zu verfolgen. Das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht hatte sich in verschiedenen Beschlüssen an die Luxemburger Verfahren gekoppelt. Allein die Gewerkschaft der Polizei ist mit nahezu 550 Klagen beteiligt.

Aus Luxemburg berichtet der Anwalt: „Das Gericht hat sich jedoch nicht zur Einschätzung der Sach- und Rechtslage geäußert. Vertreter der Kläger, des beklagten Landes Berlin, der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates haben jeweils in der Sache vorgetragen, und das Gericht hat lediglich kurze Nachfragen an die Beteiligten gestellt.“

Aus den Nachfragen des Bericht erstattenden Richters des EuGH lässt sich ablesen, dass man ganz offensichtlich von einer Altersdiskriminierung nach den §§ 27, 28 BBesG alte Fassung ausgeht. Ungeklärt erscheint momentan noch insbesondere, ob den Klägern ein sog. Primäranspruch direkt aus der Richtlinie 2000/78/EG oder Ansprüche aus einem so genann-

ten Unionsrechtlichen Sekundäranspruch nach staatshaftungsrechtlichen Aspekten zustehen.

Auch blieben hinsichtlich der Rechtsfolge einer Altersdiskriminierung – also der Frage, in welcher Höhe die Kläger zu entschädigen wären – viele Fragen offen.

Am 28. November 2013 wird der Generalanwalt seine Schlussanträge stellen. Mit einer Entscheidung des EuGH ist in der ersten Jahreshälfte 2014 zu rechnen.“

Hinweis: Wer seine Ansprüche seit dem 1. Januar 2010 nicht verjähren lassen möchte, muss **noch in diesem Jahr** einen Antrag auf Zahlung der höchsten Dienstaltersstufe an das Finanzverwaltungsamt stellen.

Wir werden weiter berichten!

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 12/2013:
Freitag, 8. November 2013



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

Sven Neumann ist eines von rund 550 GdP-Mitgliedern, das wegen Altersdiskriminierung mit dem Land rechtlich im Clinch liegt. Am Tage vor der Verhandlung vor dem EuGH stand der Kieler im Blickpunkt des Medieninteresses. Hier erklärte der 35-Jährige in einem NDR-Interview die Gründe und Ziele seiner Klage, kritisierte aber auch den Umgang des schleswig-holsteinischen Finanzministeriums mit den klagenden Beamten.

Foto: Gründemann



ERSCHWERNISZULAGENVERORDNUNG

Zähe Gespräche

KIEL – Seit 1995 unverändert: Die Erschwerniszulagen bei den Landesbeamtinnen und -beamten. Sie umfassen u. a. die besonderen Erschwernisse bei Wochenend-, Feiertags- und Nacharbeit. Der Bund und eine Reihe von anderen Ländern haben die Sätze für die Entschädigungen angehoben. Nicht so Schleswig-Holstein. Immer wieder gab es Ansätze der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, die jedoch dann durch die Finanzpolitiker vereitelt wurden. So darf man auch den Entwurf der Erschwerniszulagenverordnung des

Kieler Finanzministeriums verstehen. Dies war weder ein großer Wurf noch war es eine „Modernisierung“ und Anpassung an die inzwischen 18 Jahr alten Gegebenheiten. Andreas Kropius, Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender und Fachmann für diese Zulagenart: „Kein Politiker würde sich mit den Zulagen, die 18 Jahre nicht verändert wurden, zufrieden geben.“

Was war Inhalt des neuen Entwurfes? Um es kurz zu machen: Kein neu-

Fortsetzung auf Seite 3



ERHOLUNGSURLAUBSVERORDNUNG – ZUSATZURLAUBSTAGE

Minister Breitner: Strebe Veränderungen weiter an

Innenminister unterstützt GdP-Forderung nach mehr Zusatzurlaubstagen für geleisteten Nachtdienst

KIEL – In der Vergangenheit wurde die Erholungsurlaubsverordnung (EUVO) mit den darin enthaltenen „Ausgleichsregelungen für geleistete Nachtdienststunden“ wiederholt von der GdP kritisiert und gleichzeitig entsprechende Veränderungen im Sinne der betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten gefordert.

Zur Erinnerung: Bei einer Jahreshauptversammlung der GdP-Regionalgruppe Schleswig-Flensburg Ende vergangenen Jahres hatte Innenminister Andreas Breitner die erneute Kritik an der derzeitigen Ausgleichsregelung für geleistete Nachtdienste aufgenommen und Abhilfe angekündigt. „Das schaf-

fen wir ab“, versprach der Minister seinerzeit.

In einer aktuellen Anfrage von GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann wurde Innenminister Andreas Breitner (Foto bei der Vereidigung von Dienstanfängern in Eutin) um einen Sachstand gebeten.

In seiner Antwort unterstrich der oberste Dienstherr der Polizei, dass er nach wie vor eine Änderung der Erholungsurlaubsverordnung mit Blick auf Veränderungen bei der „Ausgleichsregelung für geleistete Nachtdienste“ anstrebe.

So hob der Minister noch einmal hervor, dass er die von der GdP geforderte volle Anrechnung von Nachtdienststunden über das Soll von 450 Nachtdienststunden hinaus (§ 10 Erholungsurlaubsverordnung) weiterhin für angemessen und geboten halte. Breitner rief in Erinnerung, dass es sich bei der zur Rede stehenden Erholungsurlaubsverordnung jedoch um eine Landesverordnung handele, die für die gesamte Landesverwaltung gelte. Folglich sei ein „Sonderweg“ für die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei nicht so einfach möglich. Der Minister wies darauf hin, dass es



Innenminister Andreas Breitner Foto: Thomas Gründemann

einer Gesetzesinitiative (beispielsweise durch die Landesregierung) bedürfe, falls entsprechende Korrekturen im o. a. Sinne angestrebt werden. Eine Änderung der EUVO sei bislang durch die Staatskanzlei aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt worden.

Jedoch kündigte Andreas Breitner an, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern sich persönlich für eine Regelung einzusetzen, die über das bisherige Soll der 450 Nachtdienststunden hinaus Zusatzurlaubstage für Nachtdienst ermöglicht.

Über die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit werden wir unterrichten.

Text/Foto: Thomas Gründemann

Zähe Gespräche

Fortsetzung von Seite 2

es Geld, sondern andere Verteilmechanismen, keine Dynamisierung, sondern Beibehaltung der antiquierten nicht mehr zeitgemäßen Sätze.

Die Vorschläge der GdP – vom 9. August 2013 – waren dann auch eindeutig: Eine Systemänderung muss her, die Beträge sind deutlich zu erhöhen, der Zusatzurlaub in der Erholungsurlaubsverordnung ist zu erweitern.

So ernüchternd wie deutlich war das Antwortschreiben des Finanzministeriums, das seinerseits zuvor das Kabinett mit der Thematik befasst hatte. Olaf Schwede, zuständig beim DGB: „Leider haben unsere Anmerkungen nur zu Einzelnachbesserungen geführt.“ Neben der Polizei wurde nun auch die Fischereiaufsicht aufgenommen. Feuerwehr, Justizvollzug und Verfassungsschutz finden nach wie vor keine Berücksichtigung (zu § 4 Abs. 2). Das der Kabinettsitzung vorausgehende Anhörungsgespräch mit Gewerkschaften zeigte, dass den Gewerkschaftern gegenüber „Verhandler ohne Mandat“ saßen. Das heißt, man durfte zwar über Paragraphen, nicht aber über Geld sprechen.

Die Gewerkschaft der Polizei hat nunmehr den DGB gebeten, auf eine erneute „echte“ Verhandlung zu drängen.

rr

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

[Redacted congratulatory text]



Attraktivität ohne Besoldungsfrage

KIEL – Es war der Antrag der SPD-Abgeordneten Simone Lange, die den schleswig-holsteinischen Landtag am 26. September 2013 zu kontroversen Diskussionen herausforderte. „Polizist soll ein Traumberuf sein“, forderte die Polizeibeamtin aus Flensburg, die zurzeit Polizeisprecherin ihrer Fraktion ist. Namens der SPD legte sie einen Antrag vor, der gleich von zwei weiteren Anträgen ergänzt oder korrigiert wurde. Das Besondere am Antrag der SPD, der von Grünen und SSW mit gestellt wurde: Er beschäftigte sich nicht mit der Bezahlung oder deren Weiterentwicklung. Dies holte der FDP-Antrag unter dem Titel „Besoldung fair gestalten“ nach.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge der Landtagsdebatte.

Simone Lange, SPD: „Damit unsere Polizei aber den Anforderungen der Zukunft gewachsen bleibt, braucht es aber nicht nur einen angemessen großen Personalkörper. Es braucht vor allem gute Arbeits- und Arbeitsplatzbedingungen. Aktuell betrifft dies vor allem die EDV-Ausstattung, vor allem den Bereich der Zugangsmöglichkeiten zum Internet, der Recherche- und Ermittlungsmöglichkeiten im Internet, sowohl quantitativ als auch qualitativ.“

Das betrifft auch die sich verändernde Qualität von Straftaten, der wir nur durch entsprechende Spezialisierungen in der Sachbearbeitung begegnen können. Auch hier hat der Innenminister bereits einen richtigen und wichtigen Schritt vollzogen mit der Einrichtung der Spezialdienststelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität.

Die Öffnung der Landespolizei muss auch für die Nachwuchsakquise gelten. Aktuell befinden sich unter den 235 Auszubildenden 74 Frauen, das sind 31%; 14 Auszubildende mit Migrationshintergrund, das sind 6%.

Und die Altersspanne der Auszubildenden geht von 17 bis 37 Jahre. Das sind gute Zahlen.“

Lars Harms, SSW: „Der Beruf bietet nicht nur ein hohes Ansehen, sondern auch ein hohes Maß an beruflicher Sicherheit. Diese Tatsache kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Landespolizei es mit einer hohen Arbeitsbelastung zu tun hat. Diese

Belastung muss runtergefahren werden ...“

Danach gilt es, ein vernünftiges modernes und vor allem werbendes Konzept auszuarbeiten. Das Konzept muss die Zielgruppen erreichen, die wir in der Vergangenheit nicht oder zu wenig angesprochen haben ... Für uns als SSW ist Zwei- und Mehrsprachigkeit ein ganz klarer Mehrwert. Die Bürger sollen auch von der Polizei in ihrer Sprache angesprochen werden können, egal ob es sich um eine hier beheimatete Sprache handelt oder ob es um die Sprache der Einwanderer geht. Deswegen sollten wir es, aus Sicht des SSW, auch höher anrechnen, wenn ein Bewerber Russisch, Türkisch, Schwedisch oder eine Regional- und Minderheitensprache spricht.“

Wolfgang Kubicki, FDP: „Kommen wir nun zur Kritik. Derjenige Punkt, der für die Attraktivität des Polizistenberufs von entscheidender Bedeutung ist und der in ihrem Berichts Antrag vollkommen fehlt, ist die Frage der Besoldung. Warum haben Sie hier ausgeklammert, was besonders nach Auffassung der Polizeigewerkschaften die Attraktivität des Berufs des Polizeibeamten beeinflusst?“

Wir haben sicherlich alle noch die hitzigen Diskussionen über die Frage der Beamtenbesoldung in lebhafter Erinnerung. Wie kann es also sein, dass die Besoldungsfrage nicht in diesen Berichts Antrag Eingang gefunden hat?

Wer seine Polizistinnen und Polizisten nicht anständig bezahlt, macht diesen Beruf unattraktiver. So einfach ist das! Deshalb muss diese Frage in einem solchen Bericht an erster Stelle genannt werden – oder zumindest als Problem thematisiert werden. Dass Sie das ganz offensichtlich nicht tun wollen, lässt erahnen, wie Sie mit der Frage der Beamtenbesoldung in den kommenden Jahren umgehen wollen.“

Astrid Damerow, CDU: „Die Koalition hat sich die Attraktivität der Landespolizei auf die Fahne geschrieben. Ihre bisherige Politik spricht eine deutlich andere Sprache. Sie haben dazu beigetragen, dass die Attraktivität des Polizeidienstes in Schleswig-Holstein sinkt. Sie haben der Polizei mehr zugemutet, als jede andere Regierung vor Ihnen. Sie haben mehr Unsicherheit innerhalb der Polizei geschaffen, als diese ertragen kann. Und das, nach gerade anderthalb Jahren im Amt ... Das tatsäch-

liche Problem liegt jedoch an anderen Stellen. Und wenn Sie verhindern wollen, dass unsere Polizei den Wettlauf um die besten Bewerberinnen und Bewerber verliert, dann müssen sie sich endlich die Frage stellen, wo die diese Probleme liegen. Diese Frage können Sie leicht beantworten, denn die meisten Probleme haben Sie selbst geschaffen.“

Da wäre zum Beispiel das Thema Personalabbau: Schon heute hat die Arbeitsverdichtung im Polizeidienst ein Ausmaß erreicht, das an die Substanz geht. Dies sehen wir an dem hohen Krankenstand.

Wenn Sie jetzt planen, weitere Stellen zu streichen, dann werden sie damit sicherlich niemanden dazu bringen, sich bei der Polizei zu bewerben ... Beim Thema Besoldungsanpassung sind Sie nicht verlässlich. Wenn Sie nicht wollen, dass der Polizeidienst von der privaten Wirtschaft und von anderen Bundesländern gänzlich abgehängt wird, müssen Sie Planungssicherheit schaffen. Stellen Sie ein für allemal klar, dass die Besoldungsanpassungen im Gleichschritt mit den Tarifabschlüssen erfolgen. Nur so schaffen Sie mehr Attraktivität!“

Burkhard Peters, Bündnis 90/Die Grünen: „Nach dem gegenwärtigen Planungsstand wird erst ab 2016 überhaupt ein geringfügiger Stellenabbau akut werden. Dieser wird die Polizei im Verhältnis zu anderen Personalbereichen deutlich geringer betreffen. Das ist angesichts der Auswirkungen der demografischen Entwicklung und der seit Jahren zurückgehenden Kriminalitätsbelastung im Land auch vertretbar. Zudem ist vor allem an solche Bereiche zu denken, die an der Gewährleistung von Sicherheit keinen Anteil haben, z. B. das Polizeiorchester.“

Über Mängel oder Defizite bei der Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten für ihre persönliche Sicherheit habe ich bei meinen Gesprächen in den Polizeidienststellen bislang nie etwas vernommen. Sie bauen da eine Chimäre auf, liebe Kolleginnen von der CDU! ... Zu Punkt Drei: Die Bitte an die Landesregierung, darüber zu berichten, ob die Abkehr vom Prinzip der zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse für Beamte Auswirkungen auf die Attraktivität der Landespolizei habe, ist dagegen überhaupt nicht sinnvoll.“



VEREIDIGUNG VON DIENSTANFÄNGERN

Berufsbild der Polizei hat sich zeitgemäß verändert

EUTIN – Einen unvergesslichen Moment erlebten 234 Dienstanfänger der Landespolizei Ende September auf dem Gelände der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei (PD AFB). Die Nachwuchspolizistinnen und -polizisten für die Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei wurden von Innenminister Andreas Breitner vereidigt. „Sie sind jetzt ein Teil des Staates und haben einen konkreten Auftrag, den Sie erfüllen müssen“, hielt Breitner den neuen Auszubildenden vor Augen. Die Ausbildung und das Berufsbild der Polizei hätten sich zeitgemäß verändert, wobei Bürgernähe und der Dialog mit Menschen das öffentliche Bild der modernen Landespolizei prägten. Neben dem Innenminister fanden auch Landespolizeidirektor Burkhard Hamm und der Chef der PD AFB, Jürgen Funk, wohlgemeinte Worte und Empfehlungen für die zu vereidigenden Frauen und Männer. Kristin Hilleckes (Anwärtin Kriminalkommissar) und Roman Laloi (Polizeimeisteranwärter) war es vorbehalten, den Prolog zum Eid vorzutragen, den 76 Frauen und 158 Männer ablegten, 13 davon mit Migrationshintergrund. Die vereidigten Polizistinnen und Polizisten haben am 1. August ihre Ausbildung an der an der PD AFB für den mittleren Dienst und an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz mit einem Studium für den gehobenen Dienst aufgenommen.



Die Nachwuchspolizisten legten in Gegenwart von Innenminister Breitner ihren Amtseid ab.



Einige der Kriminalkommissaranwärterinnen und -anwärter, die vereidigt wurden.



Kristin Hilleckes (Anwärtin Kriminalkommissar) und Roman Laloi (Polizeimeisteranwärter) sprachen den Prolog zum Amtseid.



Innenminister Breitner schritt gemeinsam mit Landespolizeidirektor Burkhard Hamm und dem Leitenden Polizeidirektor Jürgen Funk die Reihen der Nachwuchspolizisten ab und nutzte die Gelegenheit zu einem kurzen Plausch mit den Beamtinnen und Beamten.

Fotos: Thomas Gründemann



Die Kosten schnellen in die Höhe

Personal aufgestockt

RADE – Die Hochbrücke und kein Ende. Wegen des Witterungsumschwungs sind die Intervalle der eingesetzten Beamtinnen und Beamten kürzer gefasst worden. Das bedeutet im Umkehrschluss: Statt der bisher 37 Kolleginnen und Kollegen, insbesondere zur Durchsetzung des Lkw-Fahrverbotes, sind es seit dem 7. Oktober 43 Beamtinnen und Beamte. Damit dürften auch die von der GdP geschätzten Kosten noch einmal höher werden. Nach neuesten überschlägigen Rechnungen dürfte dieser Polizeieinsatz die Millionengrenze übersteigen.

Immer wieder kommen Klagen über Schmutz und Lärm, Abgase und immer noch uneinsichtige Kraftfahrzeuglenker. Dazu stellen sich genauso häufig wie anfangs Verständigungsschwierigkeiten ein. Zwar gibt es inzwischen mehrsprachige Infor-

mationsblätter, doch die deckten keine Rückfragen beispielsweise der südosteuropäischen Fahrer ab.

Nach Angaben des Landespolizeiamtes überschreitet etwa ein Drittel der Autofahrer die Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h, es seien aber auch schon 150 km/h gemessen worden. Wiederholt kommt es immer noch vor, dass Lkw-Fahrer in die Absperrung hineinfahren und umständlich auf der Autobahn zurückgelotet werden müssen. Eine äußerst gefährliche Situation für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten.

Gerade durch Initiative der zuständigen Personalvertreter sind inzwischen Schutzhäuschen, Container und Toiletten, Erste-Hilfe-Material, Stromaggregat, Feuerlöscher und LED-Strahler an der Einsatzstelle aufgebaut. Der Personalansatz dürfte wohl der teuerste in der Geschichte der Polizei sein: 43 Beamte an sieben



Der Einsatz an der Rader Hochbrücke bindet nicht nur viele Einsatzkräfte der Polizei, sondern erweist sich fürs Land als „teure Tasse Tee“.

Tagen für mindestens vier Monate ergibt – legt man 50 000 Euro Personalkosten pro Jahr und Beamten (Zahlen des Finanzministeriums) – zugrunde, ein deutliches Überschreiten der Millionengrenze.

Ein Grund, zusätzliche Gelder für den Polizeihaushalt zu fordern!

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

AFB und Lübeck-Ostholstein

Seniorenadventskaffee am Montag, 2. Dezember 2013, 15.00 Uhr, PD AFB. Persönliche Einladung folgt noch.

Kiel-Plön

Skat- und Knobelabend am Donnerstag, 28. November 2013, 18.00 Uhr, Restaurant Am Posthorn, Eckernförder Straße 217, 24119 Kiel, Telefon 04 31-54 23 52. Es besteht die Möglichkeit, ab 18.00 Uhr im Restaurant Abendessen einzunehmen. Die Spiele starten gegen 19.00 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5,00 €, Nichtmitglieder 7,00 €. Meldungen bitte an den Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel.: 1 60 15 03, E-Mail: Michael.Tietgen@polizei.landsh.de oder Michael (Ede) Strauß, 1. PR Kiel, Tel.: 1 60 11 28, E-Mail: Michael.Strauss@polizei.landsh.de

Seniorenkaffee am Montag, 2. Dezember 2013, 15.00 Uhr, in der Gaststätte Schützenhaus, Kopperpähler Teich 9, 24118 Kiel. Wo finde ich das Schützenhaus? Eckernförder Straße, Nordmark Sportfeld, unmittelbar vor dem Autohaus Nissan rechts ab.

Schleswig-Flensburg

Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 21. November 2013, 14.00 Uhr, Weiche Huus Flensburg, Alter Husumer Weg 222, 24941 Flensburg. Herr Muhlack ist eingeladen. Anmeldungen bitte an Michael Carstensen, Tel.: 04 61-4 84 25 01, oder Stefan Vollmer, Tel.: 04 61-4 84 33 29.

Herzliche Einladung an alle GdP-Senioren Schleswig-Flensburg zum **Adventskaffee am Mittwoch, 4. Dezember 2013, 14.30 Uhr, im Sport-schützenheim Fahrdorf.** Anmeldungen bitte an Walter Bossen, Tel. 0 46 21-5 36 31, oder Michael Carstensen, Tel.: 04 61-4 84 25 01.

Schleswig-Holstein Mitte

Kartenvorverkauf für den 33. *Polizeiball* am 17. Januar 2014 in Rendsburg, Hotel ConventGarten, am **Montag, 4. November 2013, 16.00 Uhr**, beim Polizeirevier und Kriminalpolizei-zeißenstelle Rendsburg, Moltkestraße 9. Der Preis pro Karte beträgt 18,00 € (nur gegen Vorkasse).

Achtung: Der Ball ist regelmäßig in kurzer Zeit ausverkauft, sodass

ein späterer Kartenerwerb schwierig ist.

Jungsenioren-Stammtisch am Donnerstag, 14. November 2013, 17.00 Uhr, im Sportheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg. Die Verlegung auf diesen Termin erfolgt wegen des Delegiertentages am 6./7. November 2013. Das Vortragsthema: „Erste Hilfe für Senioren, Unfälle im häuslichen Bereich.“

Traditionelle Adventsfeier, insbesondere für Seniorinnen und Senioren und Hinterbliebene, am Dienstag, 10. Dezember 2013, im Schützenheim am Kanal, Itzehoer Chaussee 2, Westerrönfeld. Anmeldungen bitte an Peter Petersen, Tel.: 0 43 51-4 44 09, oder Torsten Jäger, Tel.: 0431-9 88 30 38.

Bereich Neumünster

– Seniorengruppe –

Advents-Kaffee am Mittwoch, 4. Dezember 2013, 14.30 Uhr, im Restaurant & Café Friesenstube, (im Haus Hog'n Dor), Klaus-Groth-Straße 37, Neumünster. Anmeldungen bitte unbedingt bis 2. Dezember 2013 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



Reisetermin
9. bis 16. März 2014

Unterbringung im
Doppelzimmer p. P. ab
€ 699,-

Sizilien – Juwel im Mittelmeer

8-tägige Erlebnisreise ab Hamburg



Hotelbeschreibung:

Das 4-Sterne-Hotel Cefalù Sea Palace, liegt etwa 15 Gehminuten vom Stadtkern entfernt. Hier werden Sie mit Gastlichkeit und Eleganz empfangen. Die geschmackvoll eingerichteten Zimmer sind alle ruhig und verfügen über Bad oder Dusche/WC, Klimaanlage, Minibar, Sat-TV, Mietsafe und Telefon. Die Hotellage ist hervorragend, um die Region zu erkunden und sich am nahe gelegenen Strand zu erholen. Die wichtigen Städte und Sehenswürdigkeiten wie Palermo, Monreale und Taormina sind von hier ganz bequem erreichbar. Eine kleine Sonnenterrasse lädt zum Verweilen ein.

Preise Pauschalreise (Flug, Hotel, Halbpension)

Abflug von	Hamburg	
Zimmerbelegung mit	2 Personen	1 Person
Preis pro Person	699,- €	848,- €
* Ausflugspaket	195,- €	

Leistungen:

- Linienflug mit der Lufthansa von Hamburg nach Palermo (Zwischenstopp in München) und zurück in der Economy-Class
- 23 kg Freige Gepäck, Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Sicherheitsgebühren
- Transfer vom Flughafen Palermo zum Hotel Sea Palace und zurück in modernen, landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage und deutsch sprechender Assistenz
- 7 Hotelübernachtungen im Standard-Zimmer im 4-Sterne-Hotel Sea Palace in Cefalù
- 7x Frühstück und 7x Abendessen ohne Getränke
- Gebeco Reiseinformationen mit Reiseliteratur pro Buchung

Leistungen des fakultativen Ausflugspaketes*

- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung während der Ausflüge
- Zusätzlich vorgeschriebene örtliche Reiseleiter
- Ausflüge in modernen, landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage

Bettensteuer

Für die Reise fällt eine Bettensteuer von 1 Euro pro Person und Nacht an. Sie ist vor Ort im Hotel zu zahlen.

Eintrittsgelder

sind nicht im Reisepreis enthalten.

Hinweis Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen und Hinweise der aktuellen Gebeco-Länderkataloge. Diese finden Sie auf der Internetseite www.gebeco.de. **Veranstalter:** Gebeco GmbH & Co. KG. **Mindestteilnehmerzahl Grundprogramm und Ausflugspaket:** 25 Personen.



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck

Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758

psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

ab
2.659,- €

Kanada – Zwischen Pazifik und Rocky Mountains

15-tägige Rundreise vom 8. bis 22. Juni 2014

Entdecken Sie den äußeren Westen Kanadas.

Freuen Sie sich auf faszinierende Naturerlebnisse in der imposanten Bergwelt der Rocky Mountains, die unberührte Schönheit ihrer See und die wild-romantische Küste.

Im Kontrast dazu steht die weltoffene Metropole Vancouver.

Diese Reise wird bei Ihnen unvergessliche Eindrücke hinterlassen.

Abflug von	Frankfurt		
Zimmerbelegung mit	3 Personen	2 Personen	1 Person
Preis pro Person	2.659,- €	2.889,- €	3.889,- €

Zusatzleistungen

- Ausflugspaket (3. und 4 Tag) **79,- €**
- Maligne Lake Bootsfahrt (5. Tag) **56,- €**
- Walbeobachtungstour Tofino (10. Tag) **105,- €**
- Ausflugs Nord-Vancouver (13. Tag) **113,- €**
- Air transat „Option plus“ **ab 80,- bis 152,- €**
- Aufpreis 5x Abendessen (Canmore, Tofino, Vancouver) **169,- €**

Hinweise: Deutsche Staatsbürger benötigen den bordeauxroten, maschinenlesbaren Reisepass, der noch mindestens sechs Monate über die Aufenthaltsdauer hinaus gültig sein muss. Bitte beachten Sie, dass für Angehörige anderer Staaten andere Einreise- und Visabedingungen gelten können. Es gelten die allgemeinen Reisebedingungen und Hinweise der aktuellen DERTOUR Rundreise Kataloge. **Veranstalter:** DER Touristik Frankfurt GmbH & Co. KG. **Mindestteilnehmerzahl:** Grundprogramm, Halbpension, Ausflugspaket, Bootsfahrt Maligne Lake und Nord-Vancouver jeweils 20 Personen. Die Mindestteilnehmerzahl für die Walbeobachtungstour beträgt 10 Personen (muss seitens des Veranstalters bis 28 Tage vor Reisebeginn erreicht werden). Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen, Irrtum und Zwischenverkauf bleiben vorbehalten. Fotorechte: DER Touristik Frankfurt GmbH & Co. KG

Leistungen, die überzeugen:

- Flug mit air transat von Frankfurt/M. nach Calgary und zurück von Vancouver
- Flughafensteuer, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand 6/2013)
- ÖPNV-Coupon
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 13 Nächte in Hotels der Touristenklasse bzw. Mittelklasse in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- F = 13 x kanadisches Frühstück
- Rundreise lt. Reiseverlauf im klimatisierten Reisebus
- Besichtigungsprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Örtliche, deutschsprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

6. September

Heute Vormittag sitze ich mit Jens Friedrich von der Polizei Plön zusammen. Wir planen eine Neuauflage einer Broschüre „Umwelttipps für Wassersportler und Angler auf Binnenseen“. Friedrich, der sich bereits bei der Erstauflage als kompetenter und sachkundiger Co-Autor zur Verfügung gestellt hatte, erklärte auch für die Neuauflage seine Bereitschaft. Er hat der Umweltarbeit gerade im Kreis Plön seinen unverwechselbaren Stempel aufgedrückt und genießt hohe Anerkennung in Fachkreisen. Seine Bereitschaft zur Mitarbeit hat auch der Landessportfischerverband erklärt. Die Herausgabe der neuen Ausgabe ist für Frühjahr 2014 geplant.

12. September

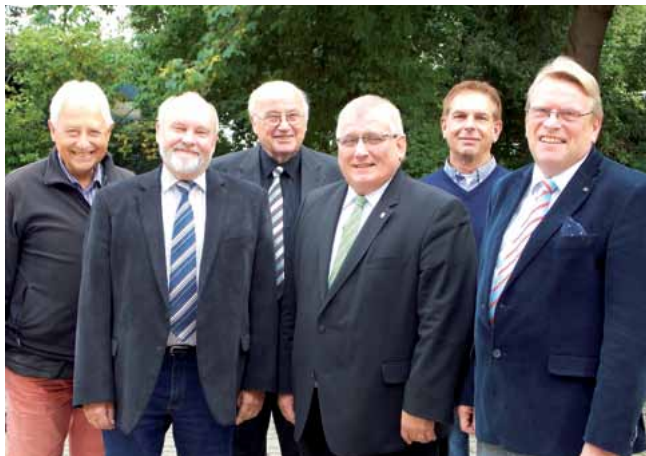
17.00 – Noch immer Leben in der GdP-Geschäftsstelle: Silke Tobies hat über die Regionalgruppen ein Angebot in die Mitgliedschaft gestreut. Sie bietet einen Vorbereitungskurs zur Auswahl zum Aufstiegsverfahren in den sogenannten höheren Dienst (nun: Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt) an. Unserer Einladung sind zwölf Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen der Landespolizei gefolgt.

18. September

In einer Pressemitteilung setzen sich die Landtagsabgeordneten Astrid Damerow und Peter Sönnichsen (CDU) mit der Aufstellung der Polizei im Kreis Plön auseinander. „Es drohen polizeifreie Zonen“, so die Überschrift ihrer Meldung. „Die Schließung von Polizeistationen wird den Verhältnissen in einem ländlichen Flächenkreis nicht gerecht. Das Land muss auch hier die Präsenz der Polizei sicherstellen und die Einhaltung von Reaktionszeiten gewährleisten, anstatt mit dem Rasenmäher durch den Kreis zu ziehen. Sollten die Pläne umgesetzt werden, drohen polizeifreie Zonen. Das ist unverantwortlich, weil es zu Sicherheitsdefiziten für die Bevölkerung führt. Würde der Minister den Menschen und der Polizei vor Ort ernsthaft zuhören, so hätte auch er dies erkennen müssen“, so Sönnichsen.

24. September

Konstituierende Sitzung des Vorstandes des Hilfs- und Unterstützungsfonds. Der neue Vorsitzende –



Der HUPF-Vorstand (v. l. n. r.): Jens Ruge (Stellvertretender Vorsitzender), Wolfgang Pistol (Ehrenvorsitzender), Günther Jansen (Stellvertretender Vorsitzender), Klaus Schlie (Vorsitzender), Uwe Müller (Schriftführer), Karl-Hermann Rehr (Schatzmeister).

Landtagspräsident Klaus Schlie – führt sachkundig und mit Energie durch die umfangreichen Sitzungspunkte. Auf der Tagesordnung allein sechs Anträge auf Zuwendungen. Der Hilfs- und Unterstützungsfonds hilft, wenn Kolleginnen und Kollegen im Dienst verletzt und gar getötet werden.

25. September

10.30 Uhr – Besuch von einem Beamten eines Polizeireviers. Auf einer Streifenfahrt musste er einem Gegenstand auf der Straße ausweichen, das Fahrzeug geriet ins Schleudern und prallte gegen einen Brückenpfeiler. Seine Beifahrerin wurde dabei verletzt. In unserem Gespräch ging es um die Frage von Rechtsschutz und möglichem Schadenersatz. Schon zwei Tage später sollte die Rechtsschutzkommission über den Antrag entscheiden und ihm Rechtsschutz gewähren. Hinsichtlich des Schadenersatzes sind GdP-Mitglieder durch eine in dem GdP-Beitrag enthaltene Versicherung geschützt. Sie leistet als Dienstfahrzeug-Regressversicherung bei – Personenschäden 200 000 € – Sachschäden 100 000 € – Vermögensschäden 100 000 €.

8. Oktober

„Belastungen und Gewalt im polizeilichen Alltag“ ist der Titel einer Videoproduktion, die der GdP-Landesvorstand in Auftrag gegeben hat. Acht Gesprächspartner und -partnerinnen berichten aus eigenem Erleben. Es geht von unberechenbarer Dienstzeitplanung, immer wiederkommenden Bildern und schwer zu verarbeitenden Eindrücken, beispielsweise bei Todesermittlungen, Beleidigungen, dem Konflikt von Beruf und Familie bis hin zu ganz einfach verbaler und körperlicher Gewalt. Die von uns beauftragte Produktionsfirma rückt schon vor 8.00 Uhr mit einem Team mit vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an. Aus dem GdP-Besprechungszimmer wird im Handumdrehen ein Studio: Leuchten und Strahler, Kameras, Mikrofone, Spiegel – es sieht richtig aus wie am Set.



Michael Mauer im Interview

Fotos: Thomas Gründemann

